

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Der Zeitungsbildner

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaft

Heute Severing
Preußen:
Material

Abonnementpreise monatlich drei Haus 2 RM, (Halbmonatlich 1 RM), durch die Post bezogen monatlich 2 RM, (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-N. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 250 / Postfachkonto Dresden Nr. 18 000, Dresdner Verlagsgesellschaft
Schulzeitung: Dresden-N. Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 250 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Schreibstunden der Redaktion: Wochentag 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neuroman gebaltene Anzeigen 0,20 RM für die Reklamezeile an Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr (außer 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich, Details besteht kein Anbruch auf Dienstag & Donnerstag).
Anzeigenraum 0,30 RM, für Familien- und dreispaltigen Teil einer Textzeile 1,50 RM. An der Expedition Dresden-N., Güterbahnhofstr. 2 an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Bezahlung oder auf Anrechnung des Bezugspreises

4. Jahrgang Dresden, Mittwoch den 29. Februar 1928 Nummer 51

Der Wahlfeldzug der KPD

Gebering, der Propagandarebner Der Bundesgenosse der Sachwalter des Großkapitals

Die freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale Groß-Dresden, der USFV und der KPD-Bund rufen die Betriebsräte und Gewerkschaftsvertrauensleute für morgen abend, 10.30 Uhr, zu einer Versammlung nach dem Trianon zusammen. Der preußische Innenminister a. D. Severing soll dort über Sozialpolitik und Wirtschaft sprechen. Es ist jedem klar, daß diese Versammlung der Wahlpropaganda der Sozialdemokratischen Partei innerhalb der Gewerkschaften dienen soll. Die „Neutralität“ der Gewerkschaften über die Sachwalter des Großkapitals ist ein wichtiges Element der Reformpolitik. Er wird Preußen als den besonderen „Erbsitz“ der sozialdemokratischen Politik hinstellen. Wir haben deswegen schon auf unserer 3. Seite zur Preußenangelegenheit besonders Stellung genommen. Wir wollen das in dem Artikel enthaltenen Material über die tatsächliche Stellung und Haltung der Sozialdemokraten und Severings hier noch um einiges ergänzen. Es ist zur Genüge bekannt, daß die preußische Regierung sich am eifrigsten bemüht, den Hochverrat der Arbeiterbewegung zuzuschreiben, durch die Wirtschaftsverordnung den Wirtschaft zu lockern und das Konfortat zum Abschluß zu bringen. Genau wie die sozialdemokratischen Redner in den letzten Tagen in der Reichstagskammer davon sprachen, daß die SPD den Klassenkampf führe, wird Severing auch Severing als „Klassenkämpfer“ vor die Betriebsräte hinstellen. Wie es mit dem Klassenkampf der Sozialdemokratischen Partei befaßt ist, schrieb Heinrich Cunow bei der Besprechung des Berliner Programms. Er schrieb damals:

„Vielleicht wird der Berliner Parteitag ... beschließen, daß unbedingt das Wort „Klassenkampf“ in das neue Programm hinein muß. Anderen wird das an unserer Parteipolitik gar nichts ... Doch schließlich, wenn das Wort „Klassenkampf“ durchaus wieder in das neue Programm hinein soll, mag es vorläufig drin bleiben. Vielleicht ist die Zeit für seine Ausmerzung noch nicht gekommen.“

Cunow enthielt mit dieser Feststellung den schamlosen Versuch, den die Sozialdemokratische Partei an der Arbeiterklasse macht. Als in Preußen die Meine Koalition im Jahre 1921 zerbrach war und das Zentrum auf eine Erweiterung der Koalition drängte, meinte sich die Sozialdemokratische Partei, weil die Volkspartei die Erfüllungspolitik der SPD bekämpfte, gegen eine Erweiterung der Koalition. Simberts erklärte am 27. April 1921: „Die Deutsche Volkspartei ist die Sachwalterin des Großkapitals.“ Kurze Zeit darauf, im September 1921 auf dem Parteitag in Weimar, erklärte Franz Krüger: „Wir müssen ein Programm aufstellen, mit dem wir koalieren können. In diesem Mindestprogramm müssen wir alles ausschalten, was auf der linken Seite nicht durchzuführen ist.“ Im November verbandete sich die SPD mit den Sachwaltern des Großkapitals. Otto Braun, Severing und Stiering wurden Minister in einem Kabinett zusammen mit den Volksparteilern Dr. von Richter und Dr. Focke. Severing, wollte im Jahre 1923 noch weitergehen, nachdem der jetzige Reichsinnenminister Bergt schon auf dem Parteitag der Deutschnationalen in Weimar im Oktober 1923 erklärt hatte, die Deutschnationalen würden es begrüßen, wenn es eine Koalition der Mitte von der Sozialdemokratie bis zur Deutschen Volkspartei gelänge, aus dem Sumpf herauszuheben.“ Severing war seitdem eifrig bemüht, diese ganz neue Koalition zustande zu bringen.

Diese seine Bemühungen fanden zum Ausdruck in Ausführungen, die er dann im Jahre 1923 am 5. März vor dem Hauptauschuß des Preußischen Landtages machte. Dort erklärte er nach dem Protokoll:

„Der Vorredner, Abg. Dr. Schlange (deutsch.) ist mit seinem Urteil schnell fertig „weisen und hat gesagt, der Minister habe mit seiner Amtsführung unter dem Druck des linken Flügels seiner Partei. Er sei den Kommunisten gegenüber viel toleranter, wie gegenüber den Deutschnationalen u. Deutschnationalen.“ „Der beratende unterstellt, sei nicht fähig, anderen Vorlesungen über den Begriff der absoluten Gerechtigkeit zu halten.“ Er (Severing) würde mit der Deutschnationalen Partei selbstverständlich sehr gern zusammenarbeiten, besonders in dieser kritischen Zeit alles vermeiden, was ihn in Gegensatz zu dieser bringe.“

Severing erklärt also seine Bereitschaft, sehr gern mit den Deutschnationalen zusammenzuarbeiten. Darauf was die ganze Politik in der Preußenregierung abgestellt. Deswegen unterließen sie sich von der KPD-Politik in Sachen wie ein Eisenbahnenstreik während der Sitzung im Preußischen Landtage vom anderen. Während Stiering im Preußischen Landtage anlässlich des Eisenbahnenstreikes erklärte, daß er sich bezüglich des Streikrechts der Beamten auf den Standpunkt der Reichsregierung stelle, die erklärt hatte, daß nach ihrer Ansicht die Regierung kein Streikrecht haben, setzte Severing sich im Jahre 1923 für die Technische Nothilfe für den Ausbau derselben ein. Er erklärte, daß die Einrichtung der Technischen Nothilfe zu einer Notwendigkeit geworden sei. Notwendigkeit natürlich gegen die Arbeiter. Severing forderte, wer den gefunden Kern der Nothilfe erkannte, „das sollte auch den Hut aufbringen, die Einrichtung mit anzubauen zu helfen“. Gleichzeitig setzte natürlich Severing die Polizei gegen streikende Arbeiter ein. Im Landtag behauptete Severing, daß die Polizei sich nicht in die wirtschaftlichen Kämpfe zwischen Arbeiter und Unternehmer mische. Im Landtage erklärte Severing dann auf deutschnationale Anfrage bei der Besprechung des schließlichen Landarbeiterstreiks:

„Ich bin deswegen — ich wiederhole es — nur in der Lage, einen polizeilichen Schutz, wie Sie ihn sich wünschen, zu stellen. Strafverfolgungen einzuleiten, wenn Sie mir genau bezeichnete Fälle zur Kenntnis bringen.“

Ich muß dem widersprechen, daß der polizeiliche Schutz vollkommen verjagt habe. Ein Landarbeiterstreik mit 90 000 Beteiligten, ein Landarbeiterstreik, der sich über zwei Provinzen erstreckt, kann nicht so von der Polizei beobachtet werden, daß man jedem Arbeiterwilligen einen Schuppenselbstbeamten zur Verfügung stellt. Was aber getan werden konnte, ist getan worden.“ (18. Juni 1923.)

Severing lehnte die Polizei also trotz seiner Erklärung, daß er dies nicht tun würde, zum Schutz und zur Hilfe der Unternehmer gegen die Lohnherabsetzung kämpfenden Arbeiter ein. Von besonderem Interesse ist es morgen abend, zu wissen, welche Stellung Severing zu den proletarischen Hunderttausenden und zu den revolutionären Betriebsräten einnahm. In einer Debatte am 18. und 19. Juni 1923 im Landtag erhielt Severing von dem Kapitulanten Dr. von Campe ein besonderes Lob dafür, daß er am 12. Mai 1923 die Auflösung der proletarischen Hunderttausenden verfügt habe. Severing erklärte darauf, daß er die proletarischen Hunderttausenden viel eher als die deutschnationalen aufgelöst habe. Er sagte:

„Ich habe, ehe ich an die Auflösung der deutschnationalen Arbeiterpartei überhand nahm, schon eine Hunderttausend, oder besser gesagt, Hunderttausenden der Kommunistischen Partei zur

Auflösung gebracht, die mir für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung ganz besonders gefährlich erschienen.“ Am 15. August 1923 diffamierte Severing die Auflösung und das Verbot des Reichsausschusses der Betriebsräte und seiner Unterausschüsse. Dem Ruhrabenteurer der deutschen Industriellen stand Severing wohlwollend gegenüber. Und Severing rühmte sich am 19. Juni 1923, den Ruhrindustriellen beigeprungen zu sein, denn er erklärte: „Richtig ist, daß ich zu einem öffentlichen Vortrag (im Ruhrgebiet) Anregung gegeben habe.“ Severing half den Kapitalisten dadurch, die Sammelgelder der Arbeiter zuzuhängen, die damals von den Gewerkschaften als Ruhrnothilfe gesammelt wurden. Severing verbot kommunistische Zeitungen, Severing hob das Versammlungsrecht auf.

Er verbot zum 1. Mai 1924 die Matrosenmärsche und erklärte dazu im Hauptauschuß des Landtages: „Das Verbot der Märsche am 1. Mai sei für ihn als Parteiminister eine schwere Belastung gewesen. Trotzdem habe er dieses Verbot letzten Herzens erlassen, weil kurz vor den Wahlen zum Reichstag nicht genügend Polizei zum Schutz der Märsche vorhanden war.“ (Protokoll der 280. Sitzung.) Severing führte in Preußen eine solche Politik, daß in derselben Sitzung des Hauptauschusses der deutschnationalen Rittersgutsbesitzer Wilberg erklärte:

„Der programmatischen Erklärung des Ministers (Severing) über seine Amtsführung kann man eigentlich aus vollem Herzen zustimmen.“

So steht die Ministerpolitik der Sozialdemokraten aus, daß sie ununterbrochen das volle Lob der Deutschnationalen ernten. Wir könnten diesem Artikel noch eine große Anzahl Material hinzufügen. Wir glauben jedoch, daß das oben Angeführte in Verbindung mit dem vom Breuhentag Berichteten genügt, um den Betriebsräten, Gewerkschaftsvertrauensleuten und unseren Genossen zu zeigen, wie Severing redet und wie er handelt, wie die SPD-Politik in Preußen gelebt wird und wie sie in Wirklichkeit aussieht.

6 1/4 Jahre Zuchthaus, 7 1/2 Jahre Gefängnis Ein neues unerhörtes Urteil des Niedner-Senats

Leipzig, 29. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Nach fünfjähriger Verhandlung wurde im Hochverratsprozeß gegen die pommerischen Arbeiter für das Reichsgericht und seinen 4. Strafsenat unter Lorenz folgendes Urteil gefällt:

Der Arbeiter Johann Drems wurde wegen Vorbereitung zum Hochverrat, Sprengstoffhergehen und Vergehen gegen das Republikanischgesetz zu 6 Jahren 3 Monaten Zuchthaus verurteilt. Der Angeklagte Paul Ziehl, der sich dem Reichsanwalt als Angehöriger angeboten und als solcher betätigt hat, wurde wegen den gleichen Vergehen und wegen Waffenschießerei zu 2 1/2 Jahren Gefängnis und 250 Mark Geldstrafe, und der Arbeiter Paul Labuhn zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. Zwei Arbeiter wurden zu je 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis und ein Arbeiter zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Alle Angeklagten erhielten Geldstrafen von 100—250 Mark.

Der Angeklagte Ziehl wird wahrscheinlich die gegen ihn ausgesprochene Strafe nie abtun.

Die Anklage kein Material übrigblieb, hätte der Niedner-Senat unter der Leitung des neuen Vorsitzenden Lorenz dieses unerhörte Urteil. Während man sich in Preußen ansehnt, die Feme-mörder, die man schon teilweise begnadigt hat, ganz zu begnadigen, sperrt man hier ehrliche Arbeiter auf die Auslagen eines Spießhahns hin auf Jahre ins Zuchthaus. Das Reichsgericht hat dieses Urteil im Hinblick auf die kommende Reichstagswahl gefällt. Durch dieses Urteil sollen die KPD als eine Partei der Vorbereitung hingestellt und die Wähler von der Partei abgeschreckt werden. Aber auch in bezug auf die Wirtschaftskämpfe der Arbeiter hat dieses Urteil Bedeutung. Das Reichsgericht will den kämpfenden Arbeitern demonstrieren; wenn ihr ernsthaft kämpft, wenn ihr euch nicht von den Reformisten am Gängelbände führen laßt, dann droht das Zuchthaus.

Mit diesem Terrorurteil soll zuerst die kommunistische Partei, die revolutionäre Vorhut der Arbeiter, getroffen werden. Dann aber gilt der Schlag der gesamten Arbeiterklasse. Die Millionen, die jetzt in den Lohnkampf treten, sollen eingeschüchert werden. Die Klassenjustiz erhebt ihre Faust wieder stärker gegen die Arbeiter.

Die gesamte Arbeiterklasse, der dieser neueste Schlag der Justiz der Hindenburg-Republik gilt, muß sich gegen dieses Urteil erheben. Schärfster Kampf gegen den Bürgerblock, gegen den Terror der Unternehmer, Kampf für die Amnestie aller proletarischen politischen Gefangenen muß die Antwort der Arbeiter sein.

200000 Arbeiter fliegen aufs Pflaster!

Vor der Aussperrung der Berliner Metallarbeiter — Der Streik der Werkzeugmacher — Die Reformisten bereiten die Niederlage vor

Die gestrige Sitzung des Vereines Berliner Metallindustrieller folgte dem Beschluß, die Arbeiter der Betriebe, in denen die Werkzeugmacher streiken, am Sonnabend nach Schluß der Arbeit auszusperrten. 100 000 Metallarbeiter werden dadurch aufs Straßpflaster geworfen. Die Siemenswerke haben bereits gestern in provokatorischer Weise der Belegschaft die Aussperrung für Sonnabend zur Kenntnis gegeben, da ohne die Werkzeugmacher der Betrieb nicht aufrechterhalten werden könnte. Um die Arbeiterklasse zu verirren, ihre Kampffront zu erschüttern, hat die Siemensdirektion den Arbeitern empfohlen, während der Aussperrung ohne Beziehung auszugehen — wer jedoch mit der Aussperrung nicht einverstanden wäre, hätte sich als entfallen zu betrachten.“ Die Siemensdirektion verspricht die baldige Wiedereröffnung ihres Betriebes, da sie, wie sie der Telegraphen-Union mittels „auf eine verhängnisvolle Politik der Gewerkschaftsführer hofft“. In der gleichen Mitteilung wird offen ausgesprochen, daß die Berliner Metallindustriellen rücksichtslos die gesamte Berliner Metallarbeiterklasse, also über 200 000 Metallarbeiter auszusperrten werden.

Demgegenüber bleiben die DMB-Führer bei ihrer alten Taktik der Teiltreife. Trotzdem mit diesen scharfen Maßnahmen der Unternehmer zu rechnen war, hat der DMB auch gestern wieder nur 100 Werkzeugmacher einiger kleinerer Betriebe erneut in den Kampf gezogen, so daß auch heute nicht mehr als der vierte Teil der Werkzeugmacher im Kampfe steht.

Der heutige Morgen-Vorwärts läßt in keiner Weise erkennen, was die reformistischen Gewerkschaftsführer jetzt konkret gegenüber der Aussperrung von 100 000 Metallarbeitern, der kurz darauf die Gesamtaussperrung folgen wird, zu tun gedenken. Der Vorwärts schreit zwar über die Diktatur der Metallindustriellen, aber er legt den Hauptwert auf den Kampf gegen den „sozialistischen Arbeiterverrat“, den die KPD dadurch im Kampf der Werkzeugmacher begangen haben soll, indem sie alle Metallarbeiter und insbesondere die Werkzeugmacher aufforderte, gegen die Taktik des DMB Stellung zu nehmen und für einen